

**Dringliche interfraktionelle Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP (Daniel Klauser, GFL/Michael Köpfli, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP):
Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit**

Die Gemeinwesenarbeit leistet in der Stadt Bern einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität in den Quartieren. Durch die kantonalen Sparmassnahmen wird diese Arbeit grundsätzlich in Frage gestellt. Gemäss seiner Antwort auf die Motion „Gemeinwesenarbeit in den Quartieren erhalten“ weiss auch der Gemeinderat um die Wichtigkeit der Gemeinwesenarbeit für die Integration, die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner für ihren Stadtteil, die Lebensqualität in den Quartieren und die Freiwilligenarbeit. Trotzdem empfiehlt der Gemeinderat die erwähnte Motion zur Ablehnung, obwohl der Wegfall der Kantonsbeiträge Kürzungen von über 50% zur Folge hat und einem Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit gleich kommt.

Die Einschätzung des Gemeinderates, dass eine vollständige Übernahme der wegfallenden Kantonsbeiträge aufgrund der düsteren finanziellen Aussichten nicht realistisch ist, kann durchaus nachvollzogen werden. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass der Gemeinderat in seiner Antwort von einer Alles oder Nichts Situation ausgeht. In der vorliegenden Situation ist es unabdingbar, dass sich der Gemeinderat zusammen mit den betroffenen Organisationen darum bemüht, einen Mittelweg zu finden, der sowohl die finanziellen Möglichkeiten der Stadt, als auch die wichtige Rolle der Gemeinwesenarbeit berücksichtigt.

Der Gemeinderat und die betroffenen Organisationen sollen die durch den äusseren Druck entstandene Situation auch dazu nutzen, das Angebot der Gemeinwesenarbeit zu hinterfragen und eine auf die heutigen Bedürfnisse abgestimmte Neuausrichtung der Gemeinwesenarbeit vorzunehmen.

In diesem Sinne fordern wir den Gemeinderat auf, im Hinblick auf die Debatte zum PGB 2014

1. Dem Stadtrat in einem Bericht darzulegen, welche Auswirkungen der Wegfall der Kantonsbeiträge (ohne Kompensation durch die Stadt Bern) für die Gemeinwesenarbeit hat
2. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisationen eine Alternativvariante auszuarbeiten, bei der die Hälfte der wegfallenden Kantonsbeiträge durch die Stadt kompensiert werden. Analog zu Ziffer 1 sind die Auswirkungen auf die Gemeinwesenarbeit in einem Bericht darzulegen
3. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisationen eine zweite Alternativvariante auszuarbeiten, bei der zwei Drittel der wegfallenden Kantonsbeiträge durch die Stadt kompensiert werden. Analog zu Ziffer 1 sind die Auswirkungen auf die Gemeinwesenarbeit in einem Bericht darzulegen
4. Alle drei Varianten sind auf ihre Umsetzbarkeit (Kündigungsfristen) hin zu prüfen und allenfalls mit einer Übergangsförderung zu ergänzen
5. Der Zusatzaufwand der beiden Alternativvarianten (Ziff. 2 & 3) ist vollständig im Budget der BSS zu kompensieren und im PGB 2014 transparent auszuweisen.

Begründung der Dringlichkeit

Die geforderten Alternativvarianten müssen dem Stadtrat bis zur Budgetdebatte vorliegen, damit eine fundierte Entscheidung über die Beiträge an die Gemeinwesenarbeit im Rahmen des PGB 2014 möglich ist.

Erstunterzeichnende: Daniel Klauser, Michael Köpfl, Kurt Hirsbrunner

Mitunterzeichnende: Prisca Lanfranchi, Martin Trachsel, Matthias Stürmer, Rania Bahnan Buechi, Manuel C. Widmer, Claude Grosjean, Lilian Tobler, Daniel Imthurn, Melanie Mettler, Peter Ammann, Sandra Ryser, Urs Ziehli, Martin Mäder, Isabelle Heer, Béatrice Wertli, Martin Schneider, Philip Kohli, Judith Renner-Bach, Pascal Rub, Bernhard Eicher, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Tania Espinoza, Daniela Lutz-Beck